



farbeROT lädt ein:

Vortragsreihe Wissenschaftskritik im WS 14/15

Unsere Vortragsreihe widmet sich dem „Stoff“, den Studenten serviert bekommen, mit einer einfachen, gleichwohl im Universitätsbetrieb leider unüblichen Frage: ob er stimmt. Eine solche kritische Prüfung ist garantiert nicht klausurrelevant. Sie ist aber die einzige Weise, sich mit den Resultaten der Wissenschaft *wissenschaftlich* zu befassen.

Soziologie

Die Abstraktion „Gesellschaft“

Referent: Prof. Egbert Dozekal

Soziologen erforschen alles, was andere untersuchen, noch einmal soziologisch. Politik, Religion, Literatur, Familie und Krieg entschlüsseln sie sehr eintönig als im Grund immer wieder dasselbe: als „Formen von Vergesellschaftung“ – und die braucht der Mensch, denn alleine bleiben mag er nicht. Soziologen finden nicht interessant, um was es in den verschiedenen Fällen von Gesellschaft geht, sondern dass da ein überindividueller Zusammenhang von Individuen – solange er besteht – offenbar funktioniert. Dass die heutige Gesellschaft kapitalistisch ist, halten Soziologen für eine Trivialität, die sie nicht weiter interessiert, das Nähere dazu überlassen sie den Ökonomen. Dass der Kapitalismus eine Gesellschaft ist, gilt ihnen als eine Einsicht, und zwar die entscheidende. Auch diesem System geht es – ihnen zufolge – um dasselbe wie jeder möglichen Sklaven- und Feudalgesellschaft: nämlich um nichts anderes als um die Integration seiner Mitglieder und seinen Selbsterhalt. Und alles, was Soziologen in dieser Gesellschaft an Institutionen, Handlungsweisen und Sitten zum Thema machen, deuten sie nach ihrem sturen Schema als entweder funktionalen Beitrag zur Systemstabilität oder als ihre Gefährdung.

Mag das Fach längst nicht mehr die Modedisziplin von einst sein; ihre Quintessenzen kennt und versteht jeder. Wer kann schon sagen, was verkehrt ist an so unwidersprechlichen Auskünften wie, alles sei „gesellschaftlich vermittelt“, „der Mensch ist Produkt der Gesellschaft“, diese umgekehrt wieder „Produkt der Menschen“ und ihrer Interaktionen.

Der Vortrag bemüht sich genau darum.

Philosophie

Ein Denken aus dem Geist der Rechtfertigung

Referent: Dr. Peter Decker

Die Philosophie, hieß es einmal, sei die Königin der Wissenschaften und zugleich die Magd der Theologie. Diese Auskunft ist nicht so verkehrt. Sie wirft ein bezeichnendes Licht – auf die anderen „beschränkten Fach- und Verstandeswissenschaften“, und ebenso auf das Fach, das ihnen gegenüber der Hort der Vernunft zu sein beansprucht.

Philosophen sind stolz darauf, dass ihr Reich der Selbstreflexion im eigentlichen Sinn keine Wissenschaft von etwas ist. Gerne bekennen sie mit den Worten des alten Sokrates: „Ich weiß, dass ich nichts weiß!“ Das halten sie aber nicht für ein Eingeständnis, dass ihre Kunst das Interesse der wissbegierigen Jugend nicht verdient; im Gegenteil: Philosophie bietet kein Wissen, sondern Besseres: Weisheit. Man könne Philosophie nicht lernen, sagen sie, man müsse selbst philosophieren!

Und wenn man das tut, betätigt man sich als unüberbietbar kritischer Geist. Philosophie ist das kritische Denken schlechthin. Sie erklärt nichts, hinterfragt dafür alles. Vor allem das Wissen selbst, aber auch das Wollen und die Wirklichkeit als solche. In ihrer kritischen Frage nach dem „Woher, Wohin und Wozu von Welt und Leben“ (Heidegger) und in ihrer Distanz zum „Bloß Seienden“ (Adorno) betätigt sie mit den Mitteln des Verstandes die religiöse Sehnsucht nach dem lieben Gott und dem „transzendenten Obdach“, das der Glaube gewähren würde – wenn der moderne Mensch halt noch glauben könnte.

Die Philosophie ist das ausdrückliche und – ironisch genug – argumentative Bekenntnis zum Irrationalismus in der Wissenschaft. Ihre Vertreter werden freilich von den anderen wissenschaftlichen Disziplinen nicht geschnitten und aus dem Kreis derer, die Wissen erarbeiten, ausgeschlossen. Sie werden im Gegenteil als die korrekten Interpreten des wissenschaftlichen Denkens anerkannt: Was eine Theorie sei, wie das Erklären geht, was das Ziel der Forschung zu sein habe, – das lassen sich die Wissenschaftler von den Philosophen sagen. Ihr Fach ist das affirmative Selbstbewusstsein einer verkehrten Wissenschaft.

Erziehungswissenschaft

Warum eine Wissenschaft von der Erziehung überflüssig ist und weshalb es sie dennoch gibt

Referent: Prof. Freerk Huisken

Um heranwachsende Menschen mit dem Wissen, den Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten, die es ihnen ermöglichen, sich zum Subjekt ihrer Geschichte zu machen, braucht es nicht viel. Zunächst einmal braucht es dafür einen Willen, sich wirklich kundig zu machen, dafür Zeit zu opfern und die Mühen des Lernens auf sich zu nehmen. Dann sind Menschen vonnöten, die sich in all dem, was zu lernen ist, gut auskennen, die also den „Lernstoff“ tatsächlich beherrschen und bereit sind, anderen etwas Vernünftiges beizubringen. Das ist alles, mehr braucht es nicht – und eine Wissenschaft von der Erziehung schon gleich nicht. Dennoch gibt es sie, und sie gilt als unabdingbare Voraussetzung für die Ausbildung zum Lehrer bzw. Erzieher.

Motivationstheorien verweisen darauf, dass es mit dem Lernwillen des Schülers nicht zum Besten bestellt ist. Wieso eigentlich? Begabungstheorien liefern Ideologien, mit denen Ergebnisse schulischen Lernens gerechtfertigt werden. Warum ist das nötig? Sozialisationstheorien klären auf über Chancenunterschiede von Schülern. Warum gibt es die? Angehende Lehrer werden über eine Krankheit namens ADHS – eine Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätsstörung – informiert, die komischerweise vor allem in der Staatsschule auftaucht. Wieso wird fehlende Aufmerksamkeit gleich als Krankheit eingeordnet? Immer neue Erziehungsziele brütet die Erziehungswissenschaft aus: Ganz neu ist die Erziehung zur Frustrationstoleranz. Und das Erlernen sozialer Kompetenzen soll auch sehr bedeutsam sein. Wozu taugt so etwas?

Was da an Wissenschaft unterwegs ist, sich ständig neue Themen sucht und diese permanent pluralistisch ausdifferenziert, hat Gründe, die nicht im Erziehen, Lernen oder Unterrichten liegen, sondern allein in der Art und Weise, wie Erziehung im Kapitalismus ausgerichtet und organisiert ist. All das wird im Vortrag nachgewiesen und zur Debatte gestellt.

Donnerstag 30.10.2014, 18 Uhr

Raum: Campus Westend PEG 1.G 192

Donnerstag 6.11.2014, 18 Uhr

Raum: Campus Westend PEG 1.G 147

Donnerstag 4.12.2014, 18 Uhr

Raum: Campus Westend PEG 1.G 192

Die Vortragsreihe Wissenschaftskritik wird unterstützt von der Fachschaft Gesellschaftswissenschaften (FB03).

Nicht nur für Germanisten:

Osterspaziergang ...

„Anderer Bürger:

Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus
Und segnet Fried und Friedenszeiten.

Dritter Bürger:

Herr Nachbar, ja! so lass ichs auch geschehn
Sie mögen sich die Köpfe spalten,
Mag alles durcheinander gehn;
Doch nur zu Hause bleib's beim alten.“

(Goethe, Faust I)

... reloaded 2014

Viel Besseres weiß sich auch gute 200 Jahre später der Herr Bundespräsident nicht, und weil für ihn von Berufs wegen jeder Tag ein Sonn- und Feiertag ist, hört man von ihm auch entsprechend oft die Segnung von Fried und Friedenszeit. Mitten hinein in den ordinären Geschäftsgang der Republik platzt er mit seinen Bekenntnissen, dass er „den Frieden liebt“, ja, dass er „Frieden möchte“, und rennt damit bei allen Seelenverwandten von Goethes Spießbürgern offene Türen ein. Ebenso regelmäßig setzt er dann aber hinzu: „Aber Krieg existiert“ – und läutet damit sein Vorhaben ein, die friedensseligen Spießer im eigenen Land ein wenig aufzuscheuchen. Denn so sehr er ihn auch liebt: Ihn kann der Friede daheim unmöglich froh und zufrieden stimmen, weil er nämlich einer ist, den Kriege auch noch viel weiter hinten als nur in der Türkei zum Unfrieden treiben. Für ihn „existiert“ Krieg nicht bloß als das Übel, das jeder moralische Wicht als Abwesenheit des Zustands zu missbilligen pflegt, den er zu schätzen gewohnt ist. Unser Präsident versteht sich als Instanz der

Moral, und Kriege sind für ihn eine Herausforderung, die ihn in seiner speziellen Verantwortung für die Wahrung des Zustands betreffen, der ihm wie allen anderen Sterblichen so wichtig ist. Das gebietet ihm, auch tätig zu werden im Namen dieser Verantwortung, und dies schließt für ihn ganz selbstverständlich ein, dass für den Frieden manchmal auch Krieg sein muss. Die Bereitschaft zur Gewalt gehört für den Pfarrer ganz weit nach vorne gerückt im Pflichtbrevier politischer Verantwortungsethiker, weil ein entschlossener Dienst am Frieden solches von ihnen einfach verlangt – doch so sonnenklar ihm das ist und so oft er auch wiederholt, wie sehr sich das doch ganz von selbst versteht: Wenn er auf seine Landsleute blickt, kommt er sich ähnlich verlassen vor wie seinerzeit Faust beim Spaziergang –

„Ich habe manchmal das Gefühl, dass es in der Bevölkerung so ausschaut, als wäre es genug, dafür zu sorgen, dass in unserem Land alles in Ordnung ist.“

Vortragsreihe Wissenschaftskritik demnächst in MARBURG

Ort und Termin werden demnächst auf www.gs-marburg.de bekannt gegeben.
Umfassende Infos auch über die Vortragsreihe:

www.wissenschaftskritik.de

► Fortsetzung Seite 4

VORTRAG & DISKUSSION

TTIP

Ein Kampfprogramm zur Neuordnung des Weltmarkts für Dollar- und Eurokapitalisten Mehr Freiheiten fürs Kapital im Dienste der führenden Weltwirtschaftsmächte

Referent: ein Redakteur des GegenStandpunkt

FRANKFURT: Mittwoch, 12. November 2014, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69, Zugang über den Hof

MARBURG: Donnerstag, 13. November 2014, 20 Uhr, Kulturladen KFZ, Schulstraße 6

„TTIP bringt mehr Wachstum!“ versprechen die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker. Wem versprechen sie damit eigentlich was? Dass Löhne und Gehälter wachsen, ist jedenfalls nicht versprochen. Dass die Lebensverhältnisse für normale Menschen leichter, angenehmer, sauberer, gesünder werden, ist auch nicht im Programm. Wachsen soll „die Wirtschaft“, nämlich was die an Erfolgszahlen produziert. Was sie da hinkriegt, ist natürlich nach wie vor und mehr denn je eine Frage der Konkurrenz – zwischen den Firmen, und zwischen den Staaten, die für die Bilanzen der Wirtschaft ihres Landes alle Rücksichten fallen lassen. Was also auf alle Fälle wächst und wachsen soll, das sind Reichweite und Schärfe eben dieser Konkurrenz, für die die Firmen in Europa, in Nordamerika und überhaupt weltweit ihr Personal auf *wachsende Leistung* trimmen und für die die zuständigen Politiker ihren Völkern einen gut durchorganierten *wachsenden Leistungsdruck* bescheren. „Reformen“ ist das niedliche Stichwort dafür.

Für Leute, die sich nicht alles gefallen lassen wollen, was Staat und Wirtschaft mit ihnen anstellen, eine gute Gelegenheit, sich darüber Rechenschaft abzulegen – nein, nicht bloß, ob sie allen Ernstes *noch mehr* von dieser Konkurrenz haben wollen, sondern ob überhaupt diese Art von Leben. Denn warum soll man als normaler Mensch für eine Ökonomie des *Konkurrenzkampfs der Firmen ums Geld der Welt* sein?

Ach so, wegen des großen Segens, der damit verbunden und gleichfalls versprochen ist:

„TTIP schafft Arbeitsplätze!“ – zigtausende, heißt es. Und kaum versprochen, fangen kritische Experten das Nachrechnen an und kommen zu „mageren“ bis „enttäuschenden“ bzw. „gefälschten“ Ergebnissen. Aber was ist das überhaupt für ein Versprechen? Für einen normalen Zeitgenossen, der einen Arbeitgeber finden muss, damit er sich überhaupt einen Lebensunterhalt verdienen kann, enthält die schöne Verheißung eher eine *Drohung*, oder genau genommen sogar zwei:

Nr. 1: Wie dein „Arbeitsplatz“ aussieht, was du dort zu tun hast, was du dort verdienst, das liegt überhaupt *nicht in deiner Hand*. Das entscheidet sich im internationalen Konkurrenzkampf der Firmen, für den eine Handvoll demokratisch gewählte Machthaber die Richtlinien erlassen.

Nr. 2: Auf einen solchen Arbeitsplatz bist du angewiesen, aber der Arbeitsplatz nicht auf dich. Ob es den überhaupt gibt, das entscheiden die Firmen im Zuge und im Interesse ihres grenzüberschreitenden Konkurrenzkampfes, für den demokratisch gewählte Politiker sich immer griffigere Richtlinien ausdenken.

Eine schöne Ansage also: Du, lieber TTIP-Bürger, *hast die Not*, an eine Verdienstquelle zu kommen – wir, die Verantwortlichen, *schaffen und verwalten* sie. Und ausgerechnet das soll ein unanfechtbar guter Grund sein, dafür zu sein – für das Funktionieren eines Ladens, in dem der normale Mensch die ehrenvolle Rolle der *abhängigen Nullnummer* spielen darf!

Naja, immerhin ist auch versprochen:

„TTIP spart Kosten!“ Nämlich erstens den Unternehmern; zweitens die Kosten für die Einhaltung von Vorschriften, die besorgte Politiker irgendwann einmal für nötig gehalten haben – was natürlich schon zwei gute Gründe für TTIP sind. Der beste Grund heißt aber drittens: Diese Vorschriften sind, nach den amtlichen Feststellungen der Unterhändler, eigentlich gar nicht für die Angelegenheiten gut, die sie regeln – irgendwelche Gesundheitsrücksichten, Schonung der Natur oder so – , sondern vor allem dazu da, ausländische Konkurrenten zu *diskriminieren*.

Letzteres ist mal ein ehrliches Wort. Und sollte all denen zu denken geben, die ihre eigene Obrigkeit schon allein deswegen für vergleichsweise nicht schlecht halten, weil sie die amerikanische Art der Salmonellenbekämpfung in Hühnerkadavern für den menschlichen Verzehr bislang nicht zugelassen hat. Am Ende ist es

nämlich wirklich so, dass alle politische Volksfürsorge, von gewissen Vorschriften zur Unfallverhütung bis zur Buchpreisbindung, *schon seit jeher* unter dem einen großen Vorbehalt steht oder jedenfalls mittlerweile nur im Sinne der einen großen Staatsaufgabe in die Tat umgesetzt wird: Das *nationale Geschäft* muss sich *lohnen*. Oder genauer: Alle Geschäftemacherei muss sich nicht nur überhaupt für die lohnen, die es machen, sondern auch für die Staatsgewalt, die darauf aufpasst. Deswegen passt die auch darauf auf, dass die weltweite Geschäftemacherei sich vor allem für die lohnt, die mit ihrer Bereicherung ihrer Staatsgewalt nützen.

Wenn das nicht auch für alle, die von den lohnenden Geschäften gar nichts haben, ein guter Grund ist, dafür zu sein!

Womit wir bei der letzten und ehrlichsten aller Versprechungen wären:

„TTIP setzt Geschäftsbedingungen für den Rest der Welt!“ Für die Chinesen vor allem, und zwar bevor die Volksrepublik, die kommunistische, zusammen mit Russland, Indien, Brasilien, Südafrika... – *uns* die Bedingungen serviert, nach denen kapitalistische Unternehmer auf dem Weltmarkt Geld verdienen können. Welche Bedingungen das dann sein könnten, wen sie wie treffen würden, spielt da gar keine Rolle – und schon gar nicht der Gesichtspunkt, dass der normale Mensch in dem ökonomischen Welttheater, um dessen Geschäftsordnung da so erbittert gerechert wird, allemal nur als Versatzstück in kapitalistischen Konkurrenzerfolgskalkulationen vorkommt. Genau diesen normalen Menschen soll ganz spontan einleuchten, dass es auch für sie ganz fürchtbar entscheidend ist, in *welchen* Hauptstädten über die Vorschriften entschieden wird, nach denen das weltweit agierende *Kapital sein Wachstum* betreibt – *mit ihnen* als lohnabhängigem Menschenmaterial unter staatlich organisiertem Leistungsdruck oder auch *ohne sie*, wenn es gerade keine lohnende Verwendung für sie hat. Ein herrlicher Grund, *dafür* zu sein, den die Politiker ihrem

wahlberechtigten Volk da anbieten: Unsere schöne Welt ist *imperialistisch*; und deswegen wollen und müssen *wir* – zusammen mit unseren europäischen und transatlantischen ‚Partnern‘ – die führenden, maßgeblichen *Imperialisten bleiben*. Auf immer und ewig!

*

Traurig genug: Genau an dem Versprechen macht sich die härteste Kritik fest, die in Sachen TTIP in Deutschland zu vernehmen ist: Die *privaten* „Schiedsgerichte“ sind der große Stein des Anstoßes. Denn da droht ein Sieg des ökonomischen Eigennutzes über demokratisch beschlossene Regelungen. Das darf nicht passieren – da sind sich die schärfsten Kritiker von unten mit dem dicksten TTIP-Anwalt der Regierung auf einmal einig!

Und das ist leider gar nicht verwunderlich. Denn *was* darf nach deren gemeinsamer Auffassung auf keinen Fall passieren? Erfolgreicher unternehmerischer Eigennutz? – Um dessen Förderung geht es doch erklärtermaßen in dem ganzen Unternehmen. Ein Verstoß gegen die Demokratie? – Da bezeichnet das Etikett „demokratisch beschlossen“ doch nichts weiter als den Punkt, an dem die Macht- und Freiheitsillusionen wahlberechtigter Regierender mit dem Souveränitätsanspruch der gewählten Regierenden zusammenfallen. Und den einen Inhalt hat dieser „Punkt“: *National* muss die Geschäftsordnung sein, der wir alle gehorchen. *National* muss die Herrschaft agieren, keiner auswärtigen Macht hörig: *Dann gehorchen wir ihr gern!* Aber auch nur dann; sonst nur ganz, ganz *ungern* – das ist die mannhafte Drohung der TTIP-Kritik von unten.

So verpasst man gründlich, worum es bei TTIP wirklich geht...

*

Wer es wissen will, ist herzlich zum Vortrag eingeladen ...

Bund Deutscher Tafeln: Ein Lückenbüßer beschwert sich über seine Funktion

Angesichts des marktwirtschaftlichen Phänomens, dass Lebensmittel zwar im Überfluss vorhanden, aber zum Verkaufen da sind, weshalb alle diejenigen, die sich das Essen nicht leisten können, hungern müssen, hat der Bundesverband Deutsche Tafel (BDT) eine bestechende Idee für ein gutes Werk: Er sammelt auf der einen Seite Lebensmittel ein, die zum Wegwerfen bestimmt sind, weil mit ihnen kein Geld (mehr) zu verdienen ist, deren Eigentümer aber zu spenden bereit sind, weil das ihr Geschäft nicht schädigt, um sie auf der anderen Seite an Bedürftige zu verteilen. Das tut der Verband seit 1993 – und verzeichnet seitdem nicht nur ein stetes Wachstum der Nachfrage, so dass er heute mit mehr als 900 Tafeln bundesweit regelmäßig über 1,5 Millionen Bedürftige versorgt; auch hinsichtlich des sozialen Charakters ist sein Empfängerkreis deutlich bunter geworden: Waren anfangs noch Obdachlose die Hauptabnehmer, so sind es inzwischen z.B. ALG-II-Empfänger, Alleinerziehende, Studenten, Beschäftigte, Flüchtlinge und, nicht zuletzt, viele Kinder.

Die Arbeit geht dem BDT also absehbarerweise nicht aus – aber *eine* Gefahr bei der flächendeckend organisierten Mildtätigkeit entdeckt sein Vorsitzender Jochen Brühl schon:

„Die Politik darf sich nicht auf dem Engagement der Zivilgesellschaft ausruhen.“ (SZ, 27.5.)

Offenbar tut sie es. Offenbar entdecken diejenigen, die ihrer Gesellschaft eine Wirtschafts-

weise aufherrschen, in der nur ein *zahlungsfähiges* Bedürfnis zu dem Seinen kommt, in der privat initiierten Mildtätigkeit gegenüber den vielen Armen, die sich notwendigerweise ansammeln, eine sehr begrüßenswerte Sache. Solche aus persönlichen Beweggründen zustande gebrachten Hilfsdienste bringen nämlich keinen einzigen Sachzwang der Marktwirtschaft durcheinander, entlasten aber den Staat ein Stück weit von Kosten und Aufwand der Verwaltung verelendeter Volksteile. Die Tugend braver Bürger, angesichts der notorischen gesellschaftlichen ‚Missstände‘ Privatinitiative zu ergreifen und ehrenamtliches Engagement zu zeigen, wird deshalb von oberster Stelle goutiert, z.B. mit der Vergabe des Verdienstordens des Bundespräsidenten oder durch die Schirmherrschaft der Kanzlerin. Der BDT *weiß* also um diesen zynischen Umgang der Politik mit der privaten Mildtätigkeit; er *durchschaut* die Funktionalisierung von Vereinen wie dem Seinen für die Entlastung des Staatshaushalts von Almosen für die Armut, wenn er die Obrigkeit anklagt, dass sie sich auf dem ehrenamtlichen Engagement „*ausruhen*“ würde.

Das ist das eine. Das andere ist der Standpunkt gegenüber der Staatsgewalt, den der BDT zugleich sehr selbstgewiss mit seiner modalen Wendung „*darf sich nicht ...*“ zum Ausdruck bringt und geltend macht: dass die Obrigkeit nämlich eigentlich damit beauftragt wäre, die „*Ursachen von Armut*“ zu bekämpfen und eine soziale „*Verantwortung und Fürsorgepflicht*“ zu praktizieren, aus der sie sich nicht stehlen dürfe.

Der negative Befund über die wirkliche Praxis des Regierens, zu dem der BDT selber gelangt; sein eigenes Bewusstsein davon, dass Vereine wie der seine gerne als nützliche Idioten billiger Armutsbetreuung funktionalisiert werden, widerspricht zwar diesem der Staatsgewalt zugesprochenen sozialen Auftrag ziemlich fundamental, und verweist darauf, dass sie ihre Macht ganz anderen Dingen widmet. Das hält der Verband aber überhaupt nicht für einen Einwand gegen seinen Maßstab, an dem er den Staat misst, sondern für ein Dokument dessen, dass die praktizierte Politik sich an dem vergeht, was sie eigentlich zu tun hätte. Nämlich dem idealistischen Bild von Herrschaft zu entsprechen, in welchem der BDT diese als ‚*Bekämpferin*‘ von Armut zeichnet:

„Die Tafeln können Armut nur lindern, aber nicht ihre Ursachen bekämpfen. Das ist Aufgabe des Sozialstaates.“ (Vorsitzender Brühl, Pressemitteilung 26.5.)

Die Erkenntnis über die Macht des Staates, dass diese so ungleich viel nachhaltiger auf gesellschaftliche Verhältnisse einwirkt als es privat organisierte Mildtätigkeit je vermag, führt beim BDT deshalb nie und nimmer zu dem Schluss, dass Armut dann möglicherweise das *Resultat* dieses staatlichen Wirkens *ist*. In dem idealistischen Bild vom ‚*Sozialstaat*‘ steht laut Auskunft des Verbandes der menschenfreundliche Auftrag dieser Machtinstanz über bürgerliche Lebensbedingungen felsenfest, und erklärt sich die Tatsache, dass sich immer mehr Menschen um seine

Tafeln drängeln, ganz aus der Verantwortungs- und *Tatenlosigkeit* der Obrigkeit. In der *Anklage* der *praktizierten* Politik, der er gar nicht genug Schlechtes nachzusagen weiß, drückt er so sein fundamentales *Vertrauen* in den Staat und dessen ‚*eigentliche*‘ Ziele und Zwecke aus.

Das hat genau eine praktische Konsequenz. Nicht für die Ausübung der Staatsgewalt, aber für das Aufgabenspektrum und das Auftreten des BDT. Arme werden nicht mehr bloß gefüttert, sondern sorgfältig gezählt und katalogisiert, damit der Verband mit diesem Material seiner Obrigkeit als ihr schlechtes Gewissen und sie beherrschende Instanz gegenüberreten kann:

„Wir erleben, dass Armut und Armutsbedrohung weiter in der Gesellschaft verbreitet sind als die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht vermittelt... Die Tafeln sind eine Kompassnadel für gesellschaftliche Entwicklungen. Bei uns wird die Not der Menschen sichtbar... Die Politik darf hier nicht einfach wegsehen.“ (Ebd.)

Der tiefere Sinn der Dauerübung, einer Instanz, der man bescheinigt, Armut zu beschönigen oder „*einfach wegzusehen*“, noch drastischere Armutszahlen und die Aufdeckung vielfältiger gesellschaftlicher Fehlentwicklungen öffentlich entgegenzuhalten, liegt einzig und allein darin, den unbezweifelbar guten Auftrag der Herrschaft dadurch zu bezeugen, dass man zeigt, wie sehr er von der Obrigkeit mal wieder nicht verwirklicht worden ist. ◀

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-14

Der Dollar-Imperialismus des 21. Jahrhunderts – oder:

Die westliche Wertegemeinschaft in Aktion

Die Partnerländer des sogenannten Westens haben sich einer alles bestimmenden ökonomischen Staatsräson verschrieben: dem private Eigentum und seiner Vermehrung. Der Erwerb von Dollars resp. Euros oder verwandtem Geld, näher: dessen erfolgreiche Verwendung als Kapital, ist das gesellschaftliche Lebensmittel, die allgemeine, unerbittlich geltende gesellschaftliche Lebensbedingung, also der die Gesellschaft beherrschende Lebenszweck.

Zur Staatsräson der Mitglieder des sogenannten Westens gehört deren Selbstverpflichtung, weltweit für Respekt vor der Freiheit des Gelderwerbs und seines Gebrauchs als Kapital einzutreten. Das Geld, um das die Menschheit frei konkurrieren und um dessen solide Vermehrung sie sich damit verdient machen soll, steuern die hoheitlichen Geldschöpfer dieser Länder resp. deren Kreditinstitute auch gleich bei. Der Führungsmacht USA kommt dabei unbestritten eine maßgebliche Rolle zu. Sie lässt ihr nationales Geld und ihre nationalen Schulden in der ganzen Welt als Kredit und Finanzmittel zirkulieren und durch Privateigentümer wie durch Staaten als Geschäftsmittel benutzen. Und das nach Maßgabe einer Geschäftsordnung, mit deren Anerkennung alle souveränen Staatsgewalten sich darauf festlegen, dem kapitalistischen Gebrauch des privaten Eigentums im Allgemeinen, dem des Dollars im Besonderen zu dienen, ihren nationalen Eigennutz in Abhängigkeit vom Erfolg dieses Dienstes zu betreiben und in ihrem Verkehr untereinander um diese Art von Erfolg zu konkurrieren.

Diese Konkurrenz hat Konsequenzen: Der Einsatz der Völker und der Reichtümer der Nationen für einen ordentlichen Konkurrenzkampf der Kapitalisten führt nicht nur unter den *ökonomischen* Weltmarktagenten zu gewissen Unterschieden beim Gelingen ihrer Geschäfte und insgesamt immer wieder in Krisen ihres Geldwachstums überhaupt. Auch die Vorteilsrechnungen etlicher Staaten gehen nicht auf. Sie werden mit den Notwendigkeiten, die der globale Dollar- und Euro-Kapitalismus für die Bewirtschaftung ihres Landes und für die Ausstattung ihrer Macht mit sich bringt, einfach nicht fertig. Viele sehen sich geschädigt, manche ruiniert. Ihre Brauchbarkeit fürs Weltgeschäft lässt immer mehr zu wünschen übrig. Und manche Regierung sieht sich sogar genötigt, ihr Land weiterer tendenziell ruinöser Benutzung durchs internationale Kapital zu entziehen und am Ende sogar gegen den Kanon verbindlicher Werte zu verstoßen, den die Aktivisten der weltweiten Konkurrenzordnung ihnen vorgegeben haben.

Unter solchen Effekten darf deren Ursache selbstverständlich nicht leiden. Die glücklich erreichte ‚Herrschaft des Rechts‘ auf dem Weltmarkt verpflichtet deren Schutzmächte, unnachsichtig auf Einhaltung der Regeln für die Freiheit des internationalisierten Kapitals zu bestehen. Aus ihrem Selbstverständnis als deren Hüter heraus sehen sich daher in erster Linie die USA genötigt, für den ungehinderten Einsatz des kapitalistischen Eigentums einzutreten. Und dank der Abhängigkeit aller kapitalistisch rechnenden Nationen von Kapital und Kredit der führenden Mächte begründet die Privatmacht des Geldes, die gemäß dem Konsens der modernen ‚Völkerfamilie‘ supranational gilt, eine ansehnliche politische Erpressungsmacht in den Händen der USA und ihrer europäischen Verbündeten. Von der machen diese Staaten reichlich Gebrauch.

Auch und gerade dann, wenn es nicht nur um die Sicherung des Weltgeschäfts unter ihrer Oberregie geht, sondern wenn sie sich genötigt sehen, als Ordnungsmächte auch der politischen Machtverhältnisse den Respekt der Staatenwelt zu erzwingen. Für die Führungsmacht des Westens versteht es sich von selbst, dass die zivile Staatenkonkurrenz um nationale Weltmarkterträge unter einem Vorbehalt steht, den sie bedarfsweise geltend macht und der sonst niemandem zusteht, auch nicht so einfach den Bundesgenossen. Die freie Weltmarktteilnahme aller Nationen hat im letzten den Charakter einer Zulassung durch die USA, deren Regierung sich das Recht reserviert, den Ausschluss einzelner Länder, die sie als Gefahr für Amerikas nationale Sicherheit definiert, aus diesem zivilisatorischen Gesamtkunstwerk zu verfügen und Gegner aus dem etablierten Geschäftsverkehr der Nationen zu exkommunizieren.

Der im laufenden Weltgeschäft praktisch wahrgemachten Verfügung der USA, dass der Wert ihres Geldes unterschiedslos weltweit gilt und dass Privateigentümer und Staaten in aller Welt ihrem Kredit vertrauen dürfen, steht also der Anspruch der großen Dollar-Macht gegenüber, einzelne Nationen und deren Geldbesitzer vom diskriminierungsfreien Gang des Weltgeschäfts auszuschließen, die garantierte Freiheit des Eigentums, sich weltweit zu betätigen, also im gegebenen Fall auch einzuschränken. Dann wird der freie Weltmarkt, die mit ihm eingegangene geschäftliche Abhängigkeit ganzer Nationen von Dollar- und Euro-Geschäften und damit von deren politischen Oberorganismen, zur Waffe, die gegen Eigenmächtigkeiten ökonomisch geschädigter Nationen, gegen unliebsame Machtambitionen, aber auch gegen politisch störende Geschäfte innerhalb der westlichen Bündnispartner selber von den USA in Anschlag gebracht wird.

Für Gemeinsamkeit und Konkurrenz der führenden Weltwirtschaftsnationen bei der Organisation des freien Weltmarktgeschäfts wie umgekehrt für politische Eingriffe in dieses Geschäft und dessen Instrumentalisierung als politischer Waffe in der Mächtelkonkurrenz bietet die westliche Wertegemeinschaft, insbesondere deren Führungsmacht USA aktuell reichlich Anschauungsmaterial. Dazu im **GEGENSTANDPUNKT** die aktuellen Artikel.

Argentinien vs. „Geierfonds“

Ein Dokument der imperialistischen Qualität des grenzüberschreitenden Geschäfts mit Kredit

Das Verfahren Yukos vs. Russia

Der Schiedshof in Den Haag versieht das Urteil „Unrechtsstaat“ mit einem Preis von 50 Mrd. Dollar

Die Bestrafung einer französischen Großbank

Die USA statuieren ein Exempel ihrer politischen Hoheit über den privaten kapitalistischen Geschäftsverkehr

Wirtschaftskrieg gegen ein Russland, das sich aus seinem „nahen Ausland“ nicht verdrängen lässt

Mit TTIP zur Wirtschafts-NATO

Dollar-Imperialismus und Euro-Binnenmarkt – gemeinsam unüberwindlich

Gaza-Krieg 2014 Israels Kampf um die Einstaatenlösung

Im Sommer 2014 ist es wieder einmal soweit: Die dauerhafte Feindschaft zwischen der Hamas und Israel eskaliert zu einem Krieg. Dessen Szenario einschließlich der Resultate in Sachen Opferzahlen und Zerstörung entspricht im wesentlichen dem der vergangenen Gaza-Kriege. Und auch die Muster der kriegs begleitenden Propaganda und Gegenpropaganda sind bekannt.

Die *Öffentlichkeit* bespricht das Ereignis mit der üblichen Mischung aus Aufregung und Ungehrtheit: Aufgeregt ist sie zwar auch über die vielen Opfer und die Zerstörung von Wohnungen, Infrastruktur und sonstigen Lebensgrundlagen. Vor allem aber empört sie der erneute Anschlag auf die „Aussöhnung“ zwischen den verfeindeten Lagern, den sie in diesem Krieg erblickt. Diesem Blickwinkel entsprechend sortieren alle Kommentatoren ihre jeweilige Parteinahme. Die erfolgt strikt entlang der Frage, wer den jüngsten Gewaltexzess zu verantworten hat, was für sie vollständig deckungsgleich ist mit der Antwort auf die Frage, wer die Schuld daran trägt, dass der „Nahost-Friedensprozess“ schon wieder nicht vorankommt. Für den sind sie alle so sehr, dass sie noch mitten im, erst recht aber gleich nach dem erneuten Höhepunkt gegenseitiger Todfeindschaft der Kriegsparteien ziemlich ungerührt danach fragen, wie es denn nun weitergehen kann und soll mit diesem sagenhaften „Prozess“. Ein friedlich-schiedliches Nebeneinander von Israel und den Palästinensern muss zu haben, der Dauerkonflikt also eigentlich überhaupt nicht sein: Davon rücken sie mehrheitlich nicht ab.

Dass und wie die *kriegführenden Parteien* aufeinander losgehen und mit welchen Forderungen und unter welchen Bedingungen sie noch während des Krieges ihre Diplomatie wieder aufnehmen: Das zeugt allerdings mehr davon, dass sie mit und wegen ihrer jeweiligen *politischen Raison unversöhnlich* gegeneinander stehen. Und dass es in Bezug auf diesen Gegensatz durchaus ein paar bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen gibt.

*

Ferner in der Chronik:

Die „Kaufkraft der Lohnminute“ – oder:
die volkswirtschaftsgelehrte Verwandlung von Ausschluss in Teilhabe
Die Rechnung mit der steigenden Kaufkraft einmal ernst genommen,
also vom Kopf auf die Füße gestellt

Chattanooga – ein amerikanischer Kampf um Gewerkschaftsvertretung bei VW

Die Erbschaftssteuer für Firmenerben vor dem BVerfG:
Gesetzliche Unterscheidungsprobleme bei der Bereicherung von Todes wegen

Politische Ansprachen und Interpretationen
zum hundertjährigen Jubiläum des Ersten Weltkriegs:
Zukunftsweisende Erinnerungen an sinnlose Völkerschlachten

Die neuste Ausgabe der Zeitschrift **GEGENSTANDPUNKT** ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Einzelpreis 15,00 € 133 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Die neuste Ausgabe der Zeitschrift **GEGENSTANDPUNKT** ist ab sofort als digitale Ausgabe erhältlich:

Bestellung und weitere Infos über www.gegenstandpunkt.com oder über kommerzielle E-Book-Shops wie z.B. www.libreka.de.

Jahresabo: 40 € Einzelausgabe: 10 € E-Book-Formate: pdf, epub, mobi

Ältere Ausgaben der Jahre 1992 bis 2011 sind auf www.gegenstandpunkt.com frei recherchierbar und stehen dort kostenlos als E-Books zum Download zur Verfügung.

„Osterspaziergang ... reloaded 2014“ - Fortsetzung von Seite 1 ►

Das Volk der Deutschen geht willig und friedfertig seinem Tagwerk nach, tut alles, was ihm dabei und sonst auch noch befohlen wird, und kehrt abends froh nach Haus: Man möchte meinen, der Vorsitzende eines solchen Vereins kreuzbraver Knechte tränke da auch gern sein Gläschen aus, am Fenster stehend oder auch im Schlosspark von Bellevue. Nicht dieser Präsident. Für den tut sich angesichts einer Welt, in der „Krieg existiert“, gerade im zivilen Gang der Dinge im Land ein einziger Abgrund von verantwortungsloser Zufriedenheit der Bürger mit dem Frieden auf, in dem sie sich derart eingerichtet haben, und ein Friedensliebhaber seines Formates hält das natürlich für untragbar. Die „Modifizierung der Haltung der Deutschen zum Einsatz militärischer Mittel“ wird ihm zur höchstpersönlichen Mission, und nachdem er mit der ein paar Mal angeeckt ist, bringt er sein Anliegen im ‚Sommerinterview‘ wie folgt auf den Punkt:

„Ich habe im Grunde nichts weiter gesagt, als dies: Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass in Ruanda hunderttausende von Menschen abgeschlachtet werden und wir nichts tun, um ihnen zu helfen.“ (Alle Zitate: bundespraesident.de, Juni/Juli 2014)

Aha, Ruanda. Wenn er denn schon so gerne und so oft vom Einsatz der Waffen redet – hätte er dann nicht auch sagen können: „Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass auf dem Balkan ein Thronfolger erschossen wird, und wir tun nichts“? Oder vielleicht auch: „Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass in Vietnam Napalm-bomben fallen, und wir tun nichts“? Er hätte auch ganz aktuell sein können: „Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass in Syrien ein gewählter Präsident durch einen von außen angezettelten Bürger-

krieg bekämpft wird, und wir tun nichts.“ Nein, für die Botschaft, die er loswerden will, muss es schon Ruanda sein. Denn wenn sich im Gedächtnis der Nation überhaupt noch irgendetwas mit dem Namen dieses Landes verbindet, dann ist es das Großverbrechen „Völkermord“, zu dem sich ganz von selbst das Attribut „sinnlos“ zur festen Redewendung assoziiert. Dieses Sinnbild für das Böse schlechthin ruft Gauck mit der Nennung des Ländernamens ab, und die Moral von der Geschichte folgt im zweiten Teil der Botschaft gleich hinterher: In ihren Schlächtereien haben sich die Neger vor 20 Jahren so erfolgreich gehen lassen können, weil die Guten, das sind „wir“, „nichts“ getan haben, „um ihnen zu helfen“ gegen das Böse. Damit hat der Präsident weltpolitische Gewaltextzesse nicht nur in Afrika komplett auf den Begriff gebracht. Wenn Staaten und die Völker unter ihrer Regie gegeneinander Krieg führen, so hat das in seinem moralischen Weltbild grundsätzlich nichts mit den politischen Interessen und Rechten zu tun, die sie gegeneinander in Anschlag bringen. Für ihn ist die politische Welt bloß der Schauplatz, auf dem das Gute gegen das Böse ringt, für ihn werfen Kriege und sonstige Gemetzel für das Lager der Guten daher auch immer nur eine und immer nur dieselbe Frage auf: Wegschauen oder Helfen?! Und „nicht noch einmal erleben“ möchte der deutsche Präsident einen derart krassen Fall unterlassener Hilfeleistung wie seinerzeit in Schwarzafrika, weil für ihn sein Vaterland einfach eine Weltmacht des Guten ist: Wird irgendwo in der Welt geschossen, hat man das in Deutschland als menschliche Notlage zur Kenntnis zu nehmen und augenblicklich die zwischenmenschlichen Hilfsdienste zu leisten, zu denen „uns“ die Welt ruft – wozu sonst, wenn nicht zur Wahrnehmung dieser hehren „Pflicht zur Verantwortung“, haben wir denn unser Militär?!

Damit sein in dieser Hinsicht vollkommen pflichtvergessenes Volk auf seinen eigenen Präsidenten hört, reanimiert der die Konfliktlage einer hoch raffinierten Fangfrage an frühere bundesrepublikanische Kriegsdienstverweigerer: Ob sie wirklich von einem verfügbaren Schießseisen keinen Gebrauch machen wollten, wenn sich – nur so z.B. – gerade zwei Russen anschickten, die eigene Freundin zu vergewaltigen? Das hört sich 2014, an die Adresse eines offenbar pazifistisch verseuchten Volkes gerichtet, dann so an:

„So wie wir eine Polizei haben und nicht nur Richter und Lehrer, so brauchen wir international auch Kräfte, die Verbrecher oder Despoten, die gegen ihr eigenes Volk oder gegen ein anderes mörderisch vorgehen, zu stoppen. Und dann ist als letztes Mittel manchmal auch gemeinsam mit anderen eine Abwehr von Aggression erforderlich. Deshalb gehört letztlich als letztes Mittel auch dazu, den Einsatz militärischer Mittel nicht von vornherein zu verwerfen.“

Von der durchgesetzten Schutzgewalt des Staates im Inneren führt für diesen moralischen Fanatiker der Weg direkt hin zu einer überlegenen Weltgewalt, die den Globus von Despoten säubert, und die Frage, ob er in seiner wahnhaften Allzuständigkeit für alles Böse in der Welt seinem Land nicht etwas zu viel zumuten möchte, stellt sich einem wie ihm ganz gewiss nicht. Einer, der so ausdauernd dafür predigt, „den Einsatz militärischer Mittel nicht von vornherein zu verwerfen“, sondern für sie als letztes Mittel plädiert – wenn auch nur „letztlich“ –, hat den Überblick über reale Größen- und Kräfteverhältnisse ersichtlich verloren: Irgendwo ist ein Völkermord, und schon müssen wir Deutsche den unterbinden, weil einfach nichts auf der Welt passiert, bei dem wir nicht verantwortlich,

in letzter Instanz also nicht auch mit unseren Waffen gefragt wären!

Als persönliche Haltung ist die permanente Verpflichtung zur latenten Gewaltbereitschaft über irgendwelche politischen Zwecke und Berechnungen genauso erhaben wie über so kleinliche Fragen wie der nach den Mitteln und über manch andere Unterscheidungen schon gleich:

„Wir sind keine Insel, und wir haben eine Welt, und in dieser einen Welt ist die Haltung der Verantwortung, die für mich im Zentrum des ganzen politischen Lebens, auch des privaten Lebens steht, so wichtig.“

Und genau so meint es der verantwortungsbewusste Wichtigtuer mit seinem „Wir“ auch: Wer zwischen der Nation und ihren Insassen, seinem Amt und sich als Privatperson keinen großen Unterschied macht, wer sämtliche Subjekte der Welt nur an der einen Frage misst, ob sie als moralische Individuen Zivilcourage zeigen, für den ist eben auch die ganze Welt ein und dasselbe, nämlich ein einziger Auftrag zur Verwirklichung des moralischen Imperativs, dem Bösen immer und überall entschieden entgegenzutreten. Also Reingrätschen, und zwar aus Prinzip:

„Ich finde das toll, dass unsere Regierung früh und intensiv reingegangen ist, in den Ukraine-Russland-Konflikt, der gar nicht vor unserer Haustür ist. Das ist das, was ich mir wünsche.“

Das ist halt das Schöne an der „einen Welt“ und dem in ihr „existierenden Krieg“: Die tollen Gelegenheiten, sich der Verantwortung zu stellen, reißen einfach nicht ab. ◀

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf www.argudiss.de und www.farberot.de

Argentinien vs. „Geierfonds“

Ein Dokument der imperialistischen Qualität des grenzüberschreitenden Geschäfts mit Kredit

Am 16.6.2014 bestätigt der Oberste Gerichtshof der USA ein Urteil des Bezirksgerichts in New York, gegen das Argentinien Berufung eingelegt hatte: Die argentinische Regierung ist verpflichtet, zwei Hedgefonds für argentinische Staatsanleihen 1,3 Milliarden Dollar zu überweisen. Die Finanzinvestoren hatten nach der Staatspleite Argentiniens 2002 entwertete Bonds zu Schleuderpreisen aufgekauft, sich bei den anschließenden Umschuldungsverhandlungen im Gegensatz zu 92 % der Gläubiger geweigert, für den Erhalt neuer Anleihen mit neuen Laufzeit- und Rendite-Konditionen einen Wertverlust von ca. 65 % hinzunehmen, bei einem New Yorker Gericht, dessen Recht die Anleiheverträge seinerzeit unterworfen wurden, Klage eingereicht und Recht bekommen. Die Eigentumstitel, über die die Hedgefonds NML und Aurelius Capital in Form verbriefter Staatsschulden verfügen, werden durch das Gerichtsurteil als gültige Rechtsansprüche auf Rückzahlung und Verzinsung des Nennwerts der Bonds bestätigt. Und die von Argentinien vorgesehenen Zahlungen an die Eigentümer der umgeschuldeten Anleihen werden als Verstoß gegen die „Paripassu“-Klausel gewertet, die Teil der Anleihebedingungen ist und die „Gleichbehandlung“ aller Gläubiger vorsieht. Um dem Gerichtsurteil einen praktisch wirksamen Sachzwang hinzuzufügen, nimmt der zuständige Richter die Bank of New York, die mit den Schuldzahlungen Argentiniens beauftragt ist, in die Pflicht, zuerst die beiden Hedgefonds vor allen übrigen Gläubigern zu bedienen. Die vorangegangene Umschuldung argentinischer Auslandsschulden ist damit im Prinzip widerrufen; vorausschauend rechnet die argentinische Regierung all ihre Verpflichtungen auf die im Gerichtsurteil anerkannten hoch und sieht sich von einer weiteren Zahlungsunfähigkeit bedroht. Fertig entschieden ist damit jedoch noch nichts. Die argentinische Regierung gibt zu verstehen, dass sie

ihre Schulden auch weiterhin bedienen möchte, sich aber keineswegs von „Geierfonds“ erpressen lässt, das Gerichtsurteil in Frage stellt und überhaupt ihrer souveränen Entscheidung vorbehält, wie sie auf den Schiedsspruch reagieren wird. Das mündet vorerst in der Weigerung zu zahlen, einem „technical default“ argentinischer Staatsanleihen und gleichzeitigen Bekundungen Argentiniens, nicht wirklich insolvent zu sein; in einer Drohung des Richters, Argentinien eine zusätzliche Ordnungsstrafe aufzubrummen für die Missachtung des Gerichts, dem die argentinische Regierung eine Überschreitung seines Kompetenzbereichs vorwirft; in einer argentinischen Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen die USA, die Souveränität und Immunität Argentiniens verletzt zu haben...

Soviel zur vorläufigen Sachlage. Was die hiesige Öffentlichkeit daran interessiert, sind verschiedenste Formen der Abwicklung dieser Affäre; gewälzt werden Fragen zur Rechtslage, ihrer korrekten Auslegung und moralischen Vertretbarkeit; Hochrechnungen ökonomischer und politischer Folgeerscheinungen werden angestellt sowie eine Suche nach Schuldigen angezettelt, die für all das verantwortlich seien. Damit setzt das Interesse samt der dazugehörigen Aufklärung sich über das Entscheidende, den sachlichen Kern des Rechtsstreits zwischen Argentinien und den Hedgefonds hinweg: Die Affäre bietet einen Einblick in Widersprüche der Geschäftsordnung des internationalen Finanzkapitals, in das Verhältnis souveräner Staaten zum Geschäft global agierender Investoren und zu ihresgleichen sowie in die Sonderrolle, die dabei dem Hüter des Weltgelds Nr. 1 zukommt.

Das Regime des internationalen Finanzkapitals und seine Widersprüche

Die Affäre ist überhaupt nur deswegen ein

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort	Frankfurt, Studierendenhaus, Campus Bockenheimer, Jügelstraße 1, (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum	K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)
Zeit	donnerstags um 19 Uhr
Termine:	13.11., 20.11., 27.11. und 11.12.2014 Weitere Termine sowie Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht.

Veranstalter: farbeROT & GEGENSTANDPUNKT

Informationen zu weiteren Städten auf www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

brisanter und anhaltender Streitfall, der international Aufsehen erregt, weil auf der Anklagebank nicht irgendein Privatsubjekt, sondern ein Staat sitzt, dessen Souveränität allemal die Hoheit über das Recht einschließt, das seine Justiz zur Anwendung bringt. In bemerkenswertem Kontrast dazu gehen in diesem Fall neben den drei Parteien, Argentinien, den zwei Hedgefonds und dem amerikanischen Gericht, überhaupt alle, die sich in der Affäre zu Wort melden, von der Macht des Privateigentums, den ganzen Globus samt den ihn beherrschenden Staaten als Anlagesphäre ins Visier und für seine Vermehrung in Anspruch zu nehmen, als einem globalen Recht aus, dem im Prinzip eben nicht bloß Privatpersonen, sondern auch Regierungen gerecht werden müssen. Das ist nicht frei von Widersprüchen, immerhin wird das Recht zur freien Anwendung der Macht privaten Eigentums durch Staaten überhaupt erst konstituiert: Innerhalb der Grenzen des eigenen Territoriums setzt ein Souverän seine Monopogewalt für den Schutz des Privateigentums ein; durch seine Macht, Recht zu sprechen und zu garantieren, schafft er in seinem Hoheitsgebiet die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die ökonomische Macht des Eigentums sich in der Nation betätigen kann, und

setzt damit die kapitalistische Verwendung von Eigentum bis in die Sphären des Kreditgewerbes als berechtigtes Interesse in Kraft. Daneben stiften Staaten kraft ihrer Hoheit ein nationales Zahlungsmittel, den Stoff, mit dem Privateigentümer ihre ins Recht gesetzten Interessen verfolgen, ein Geld, das bis zu den Grenzen einer Nation die vom Staat verbindlich gemachte und handgreifliche Inkarnation der Macht des Privateigentums ist. Das Recht zu grenzüberschreitendem Geschäft unterstellt einen Konsens aller Rechtsstaaten, die mit ihren Kapitalstandorten in den Weltmarkt integriert sind. Sie kommen in einer Weltgeschäftsordnung überein, die die globale Freiheit des Privateigentums und seine kapitalistische Funktion über alle Hoheitsgebiete hinweg regelt und absichert; für deren Verbindlichkeit nehmen die Mitglieder der Staatengemeinschaft sich wechselseitig in die Pflicht und verlangen sich gegenseitig ab, für die Ansprüche ausländischer Eigentümer mit ihrem Recht einzustehen. So sind alle kapitalistischen Staaten *Urheber und Garanten* einer globalen Geschäftsordnung, die der finanzkapitalistischen Anwendung von Privateigentum die Qualität eines supranationalen Rechts verleiht, dem die Staaten selber verpflichtet sind. ...

Fortsetzung in GS 3-14